



Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. (BBU), Prinz-Albert-Str. 55, 53113 Bonn
Tel.: 0228 / 21 40 32, Fax: - 33, Email: BBU-Bonn@t-online.de, Homepage: www.BBU-online.de
Facebook: www.facebook.com/BBU72
Der BBU ist anerkannt nach § 3 UmwRG (Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz)

BBU-Newsletter

14. Jahrgang, Nummer 01 / 2017

Liebe Leserinnen und Leser,

sechs Jahre nach dem Beginn der Fukushima-Katastrophe wird die Bevölkerung in Japan und anderswo noch immer von Atomkraftwerken, Atomanlagen und Atomtransporten bedroht. Rund um den 6. Jahrestag (11. März) war es daher wichtig, wieder an das Geschehene zu erinnern und konsequent den sofortigen Atomausstieg zu fordern. In vielen Orten haben Gedenk- und Protestveranstaltungen stattgefunden. Jetzt gilt es gleich die nächsten Aktionen, z. B. zum 31. Jahrestag der Tschernobyl-Katastrophe (26. April), zu planen.

Der BBU unterstützt Proteste gegen die Atomindustrie im In- und Ausland – er ist aber auch auf Unterstützung angewiesen. Es wäre daher sehr schön und auch hilfreich, wenn Ihr einen kleinen, gerne auch einen größeren, Betrag auf das BBU-Spendenkonto einzahlen bzw. überweisen würdet.



**Spendenkonto: Sparkasse Köln/Bonn,
IBAN: DE 62 3705 0198 0019 00 26 66, SWIFT-BIC: COLSDE33**

Herzliche Grüße von der BBU-Geschäftsstelle, von der BBU-Newsletter-Redaktion und vom BBU-Vorstand. (Foto: 11.03.2017: Fukushima-Demonstration in Antwerpen)

Aus Vorstand und Geschäftsstelle

BBU für Umweltschutz als zentrales Wahlkampfthema

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) hat den zwingend notwendigen Umweltschutz als ein zentrales Politikfeld bezeichnet, dem im Bundestagswahljahr 2017 ein hoher Stellenwert einzuräumen ist. Der BBU wird sich konsequent dafür einsetzen, dass die zahlreichen wichtigen Umweltthemen im Wahlkampf nicht unter den Tisch fallen. „Es ist wichtig, dass gerade der BBU als Spitzenverband im Umweltbereich Druck auf Politikerinnen und Politiker, aber auch auf die Industrie ausübt, um positive Veränderungen in der Umweltpolitik zu erreichen“, betont Oliver Kalusch vom Geschäftsführenden Vorstand des BBU.

Der BBU wird seine engagierte Arbeit im Jahr 2017 unvermindert fortsetzen und wird besonders den Bürgerinitiativen, die im BBU als Mitglied organisiert sind, den Rücken stärken. Konsequent fortsetzen wird der BBU seine Lobby-Arbeit für die Bürgerinitiativen in Beteiligungsgremien und bei Stellungnahmen zu Gesetzesentwürfen.

Interessierten Personen, die zu einem Stromanbieter wechseln wollen, der ökologisch ausgerichtet und nicht mit der Atomindustrie verflochten ist, kann die Kooperation des BBU mit EWS (Elektrizitätswerke Schönau) genutzt werden. Informationen dazu findet man im Internet unter <http://bbu-online.de>

Stets willkommen sind im BBU neue Mitglieder (Initiativen, Organisationen und Privatpersonen), die sich gemeinsam engagieren oder einfach mit ihrer Mitgliedschaft das BBU-Engagement unterstützen möchten. „Initiativen, die dem BBU beitreten, können ihre Arbeit völlig eigenständig fortführen. Im Bedarfsfall können sie aber gemeinsam mit dem BBU im Rücken mit Nachdruck ihre Anliegen und Forderungen gegenüber Behörden und politischen Gremien zum Ausdruck bringen“, erläutert BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz. <http://www.bbu-online.de/html/antrag.htm>

Aus einer BBU-Pressemitteilung vom 09.01.2017:

<http://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202017/09.01.17.pdf>

Themenbereiche

Artenschutz

3. März / Tag des Artenschutzes: Flächenverbrauch drosseln

Anlässlich des Internationalen Tages des Artenschutzes am 3. März ruft der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) zum verstärkten Engagement für bedrohte Tier- und Pflanzenarten auf. Aus Sicht des BBU ist es wichtig, dass die Politik auf allen Ebenen den anhaltenden Flächenverbrauch drosselt. Gleichzeitig appelliert der Verband an die Bevölkerung, aktiven Artenschutz zu betreiben und beim Einkauf auf regionale und kontrolliert-biologische Waren zu achten.

Der BBU betont, dass natürliche Lebensräume für Tier- und Pflanzenarten immer knapper werden. Der engagierte Verband sieht nach wie vor beim Flächenverbrauch für Bebauungspläne aller Art sowie für den Fernstraßenbau Gefahren für die Artenvielfalt. Deutlich spürbar ist beispielsweise der Rückgang der Singvögel. Da vorhandene Frei-Flächen nicht vermehrt werden können, ruft der BBU zum sparsamen Umgang mit Flächen auf.

Aus einer BBU-Pressemitteilung vom 02.03.2017:

<http://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202017/02.03.17.pdf>

Atomenergie

BBU fordert vollständigen Atomausstieg ohne „Freimessungen“

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) hat auf seiner Vorstandssitzung in Hannover kritisiert, dass Niedersachsen von der notwendigen Energiewende noch weit entfernt ist. Noch immer sind in Niedersachsen zwei Atomkraftwerke in Betrieb (Lingen 2 und Grohnde). In Lingen werden zudem Brennstäbe für Atomkraftwerke in Belgien, Frankreich und anderswo hergestellt. Auf Ablehnung stößt beim BBU weiterhin die drohende Elbvertiefung.

Großes Augenmerk legt der BBU auf den Umgang mit Atommüll, der bei der Stilllegung und dem Rückbau von Atomkraftwerken anfällt. Der BBU lehnt die Verbringung von sogenanntem freigemessenen Atommüll auf Mülldeponien und in Verbrennungsanlagen ab. Eine derartige Verbringung droht u. a. der Mülldeponie in Dörpen (Emsland). Dort sollen Reste des AKW Lingen 1, das bereits vor Jahren stillgelegt wurde, gelagert werden.

Aus einer BBU-Pressemitteilung vom 26.01.2016:

<http://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202017/26.01.17.pdf>

Auffällige Brennstäbe nicht nur im AKW Brokdorf? Demo am 23. April

Nach dem Fund auffälliger Brennstäbe im Atomkraftwerk Brokdorf fordert der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) von der schleswig-holsteinischen Landesregierung die endgültige Stilllegung des letzten Atomkraftwerkes in Norddeutschland. Gleichzeitig fordert der BBU von der niedersächsischen Landesregierung die sofortige Stilllegung der bundesweit einzigen Brennelementefabrik in Lingen.

Nach Angaben des BBU muss unverzüglich geprüft werden, wo die auffälligen Brennstäbe produziert wurden, die jetzt im Atomkraftwerk Brokdorf gefunden wurden. „Möglicherweise sind ja weitere Brennstäbe ähnlicher Bauart auch in anderen Atomkraftwerken im Einsatz, Das muss unverzüglich untersucht werden. Die Öffentlichkeit ist vollständig zu informieren. Zuständig ist letztlich Bundesumweltministerin Barbara Hendricks“, so Udo Buchholz vom Vorstand des BBU.

Schon jetzt weist der BBU darauf hin, dass zum 31. Jahrestag der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl auch beim Atomkraftwerk Brokdorf eine Anti-Atomkraft-Demonstration stattfinden wird – und zwar am 23. April. In dem Aufruf zur Teilnahme an der Demonstration heißt es: „Im Falle eines schweren Nuklear-Unfalls im AKW-Brokdorf müsste Norddeutschland evakuiert werden – von Flensburg bis Hannover, von Emden bis Schwerin. Das hat die für den Strahlenschutz zuständige Behörde, das Bundesamt für Strahlenschutz, im Jahr 2014 errechnet.“

Weitere Informationen dazu unter <http://akw-brokdorf-abschalten.de>

Aus einer BBU-Pressemitteilung vom 21.02.2017:

<http://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202017/21.02.17.pdf>

Gorleben / Wendland: Die Standortentscheidung vor 40 Jahren

22. Februar 1977: Mit Spannung wird in Lüchow der Standortbeschluss für ein „Nukleares Entsorgungszentrum“ in Niedersachsen erwartet. Um 16.30 Uhr kommt die Hiobsbotschaft und macht Gorleben in einer Minute zum bekanntesten Dorf der BRD – und seitdem ist alles anders als bisher.

Was folgte sind 40 Jahre Protest und Widerstand, verwaltungsrechtlichen Auseinandersetzungen – mit unzähligen Demonstrationen und Aktionen, mit einer Dauerbetatte und mit Höhen und Tiefen. Mit Bespitzelung, Diskriminierung und Kriminalisierung. Doch das Mehrgenerationenprojekt des Gorleben-Widerstands hat durchgehalten. Musste durchhalten, denn bis heute ist nichts wirklich geklärt.

Quelle und weitere Infos: <http://www.bi-luechow-dannenberg.de/?p=18133>



Der BBU gratuliert der BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg zu ihren Geburtstag und wünscht ihr und allen anderen Gorleben-Aktiven einen weiterhin langen Atem! Die BI ist eine Mitgliedsorganisation des BBU.

Urananreicherung, Atommüllproduktion und AKW-Versorgung in Gronau stoppen!

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) fordert bei der aktuellen Diskussion über die Wege zur Stilllegung der Urananreicherungsanlage in Gronau auch die Beachtung der besonderen Atommüllproblematik am Standort Gronau. In den letzten Tagen haben mehrere Zeitungen darüber berichtet, dass kurzfristig im Auftrag des Bundesumweltministeriums ein Gutachten zur Stilllegung der Gronauer Uranfabrik erstellt werden soll.

http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/energiepolitik/regierung-laesst-die-schliessung-des-standorts-gronau-pruefen-14893944.html?printPagedArticle=true#singleImage_1_915615

<http://www.wn.de/Muensterland/2718711-Bund-prueft-die-Zukunft-von-Urenco-Wird-die-Urananreicherungsanlage-in-Gronau-geschlossen>

Der BBU, der sich schon lange für die Stilllegung der bundesweit einzigen Urananreicherungsanlage einsetzt, weist darauf hin, dass beim Betrieb der Gronauer Anlage jedes Jahr mehrere Tausend Tonnen Atommüll in Form von abgereichertem Uranhexafluorid anfallen.

Aus einer BBU-Pressemitteilung vom 28.02.2017:

<http://bbu-online.de/presseerklaerungen/prmitteilungen/PR%202017/28.02.17.pdf>

AKW-Blöcke Gundremmingen B und C sofort stilllegen!

Nach dem Störfall im Atomkraftwerk Gundremmingen B, der am Montag (27.02.2017) bekannt wurde, fordert der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) erneut die sofortige und endgültige Stilllegung des Reaktors, der bereits mehr als dreißig Jahre in Betrieb ist. Der BBU fordert ebenfalls die sofortige Stilllegung des Gundremminger Reaktorblocks C. Beide Reaktoren gingen 1984 in Betrieb.

Der BBU weist darauf hin, dass es im Atomkraftwerk Gundremmingen in beiden Reaktorblöcken B und C immer wieder zu Störfällen gekommen ist. Das Bundesamt für Strahlenschutz listet in einer Übersicht für beide Reaktorblöcke seit der Inbetriebnahme 1984 rund 250 Störfälle auf:

http://www.bfs.de/DE/themen/kt/ereignisse/standorte/kkw/kkw_node.html

Aus einer BBU-Pressemitteilung vom 28.02.2016:

<http://bbu-online.de/presseerklaerungen/prmitteilungen/PR%202017/28.02.17.pdf>

„Wir stellen uns quer!“- Anti-Atomkraft-Demo in Heilbronn am 4. März

Mindestens 750 Menschen protestierten am 4. März in Heilbronn gegen die geplanten CASTOR-Transporte auf dem Neckar. Zugleich wurde an die fortwährende Katastrophe von Fukushima erinnert, die vor 6 Jahren begann. Die Demonstration forderte: Neckar castorfrei! Atomkraftwerke abschalten, Castoren stoppen! Wir stellen uns quer!

Quelle und ausführliche Informationen, auch zum weiteren Widerstand gegen die drohenden Castor-Transporte auf dem Neckar: <https://neckar-castorfrei.de>

Neue Uranmüll-Lagerhalle in Gronau:

Düsseldorf rechnet mit Inbetriebnahmeantrag bis Juni 2017

Das NRW-Wirtschaftsministerium als Atomaufsicht rechnet damit, dass der Gronauer Urananreicherer Urenco noch im ersten Halbjahr 2017 die Inbetriebnahme der bundesweit ersten Uranmüll-Lagerhalle für 60 000 Tonnen Uranoxid beim Land NRW beantragen wird. Dieser Antrag werde dann "Sachverständigen zur Prüfung vorgelegt". "Im Zuge der Inbetriebnahmeprüfung werden insbesondere aufgrund der Zuständigkeitsverordnung Arbeits- und technischer Gefahrschutz (ZustVO ArbTG) und der Zuständigkeitsverordnung Umweltschutz (ZustVU) die Bezirksregierung Münster, der Kreis Borken, die Stadt Gronau und die Feuerwehr Gronau am Verfahren beteiligt und angehört," teilte das Wirtschaftsministerium jetzt dem Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen auf Anfrage mit. Ursprünglich hatte die Uranmüll-Lagerhalle schon 2014 in Betrieb gehen sollen.

Aus einer gemeinschaftlichen Pressemitteilung vom 08.03.2017 (Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen, BBU, Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau, Arbeitskreis Umwelt (AKU) Schüttorf; SOFA Münster)
<http://bbu-online.de/presseerklaerungen/prmitteilungen/PR%202017/08.03.17.pdf>

Pressekommentar der BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg zur Endlagersuche

Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) freut sich, dass CDU/CSU, SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN einen fraktionsübergreifenden Entwurf zur Fortentwicklung des Standortwahlgesetzes in den Bundestag eingebracht haben. Sie schreibt: "Bis zum Jahr 2031 soll auf Grundlage eines wissenschaftsbasierten und transparenten Verfahrens ein Endlagerstandort gefunden werden. Das novellierte Standortwahlgesetz legt für die Endlagersuche die fachlichen Kriterien und Anforderungen fest."

„Dank“ und „Respekt“ zollte Hendricks in ihrer Pressekonferenz den Menschen im Wendland, die sich 40 Jahre lang gegen die „intransparente Festlegung“ auf ein nukleares Entsorgungszentrum mit dem Salzstock Gorleben zur Wehr gesetzt hatten, denn die Wahl Gorleben sei „weniger nach wissenschaftlichen Kriterien“ erfolgt, vielmehr seien es um „politische Interessen“ gegangen. Hendricks bezeichnet die bisherige Endlagersuche mit Gorleben als „verkorkst“ und „unhaltbar“.

Dass nun eine Endlagersuche transparent und wissenschaftsbasiert verlief, bezweifelt die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI). „Die frühe Festlegung auf tiefengeologische Endlager widerspricht dem Stand von Wissenschaft und Forschung. Die Sicherheitskriterien sind nicht wissenschaftsbasiert, sie wurden politisch in der Endlagerkommission ausgehandelt, um auf jeden Fall Gorleben als Endlagerstandort halten zu können“, so BI-Sprecher Wolfgang Ehmke.

Quelle und weitere Infos: <http://www.bi-luechow-dannenberg.de/?p=18316>

6 Jahre Fukushima: Vielerorts Gedenken und Proteste

Sechs Jahre nach dem Beginn der Atomkatastrophe im japanischen Atomkraftwerk Fukushima (11.3.2011) fanden bundesweit Gedenkveranstaltungen sowie Protestaktionen gegen jegliche Nutzung der Atomenergie statt. Aufgerufen hatten örtliche Bürgerinitiativen, der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz und andere Organisationen.

Zentrale Forderung des BBU ist grundsätzlich die sofortige Stilllegung aller Atomkraftwerke und sonstiger Atomanlagen. Der BBU betont, dass es weder in Japan, noch in der Bundesrepublik oder anderswo sichere Lösungskonzepte für den Umgang mit Atommüll gibt. Angesichts dieser Tatsache und vor dem Hintergrund ständiger Störfälle in Atomkraftwerken und Atomanlagen gibt es laut BBU keine Alternative zum Atomausstieg.

Proteste gab es auch in anderen europäischen Ländern wie in Belgien und Frankreich. Der BBU bezeichnet es als außerordentlich wichtig, dass die Fukushima-Katastrophe nicht in Vergessenheit gerät wird.

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 11.03.2017:

<http://bbu-online.de/presseerklaerungen/prmitteilungen/PR%202017/11.03.17.pdf>

Entnahme von Wasser aus dem Dortmund-Ems-Kanal für das AKW Lingen 2

Die Kernkraftwerke Lippe-Ems GmbH (KLE) hat die Erteilung einer Bewilligung zur weiteren Entnahme von Wasser aus dem Dortmund-Ems-Kanal (DEK) für das AKW Lingen 2 beantragt. Bis zum 5. April 2017 können dagegen Einsprüche eingereicht werden. Sammeleinsprüche können beim BBU angefordert werden.

Hintergrund: http://cms2.niedersachsen.de/startseite/wasserwirtschaft/zulassungsverfahren/abwasser_und_einleitungen/kernkraftwerk_emsland_kke/wasserrechtliche-bewilligung-zur-entnahme-von-wasser-aus-dem-dek-fuer-das-kke-151162.html?psmand=26

Elbvertiefung

BBU bedauert das Gesamturteil zur Elbvertiefung

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) bedauert, dass das Bundesverwaltungsgericht die Planfeststellungsbeschlüsse für den Fahrrinnenausbau von Unter- und Außenelbe nicht aufgehoben hat. In einer ersten Reaktion begrüßt es der BBU aber, dass die Planfeststellungsbeschlüsse immerhin gemäß des heutigen Gerichtsurteiles wegen Verstößen gegen das Habitatschutzrecht als rechtswidrig eingestuft und nicht vollziehbar sind. Der BBU wird sich auch zukünftig politisch gegen die weiterhin drohende Elbver-

tieffung zur Wehr setzen. Ausdrücklich dankt der BBU den Klägern, die sich in jahrelanger intensiver Arbeit gegen die Elbvertiefung juristisch zur Wehr gesetzt haben.

Aus einer BBU-Pressemitteilung vom 09.02.2017:

<http://bbu-online.de/presseerklaerungen/prmitteilungen/PR%202017/09.02.17.pdf>

Feuchtgebiete

20 Jahre Internationaler Tag der Feuchtgebiete

Anlässlich des Internationalen Schutztages der Feuchtgebiete ((World Wetlands Day, 2. Februar) hat der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) auf den notwendigen Schutz der Gewässer und der Feuchtgebiete im Binnenland sowie des Wattenmeeres hingewiesen. „Schadstoffeinträge in Flüsse und Seen und die Vernichtung von Feuchtwiesen und Mooregebieten sind nicht hinnehmbar. Die Bundesregierung muss dem Schutz der Feuchtgebiete und dem damit verbundenen Artenschutz oberste Priorität einräumen“, fordert BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz.

Am 2. Februar 1971 wurde in der iranischen Stadt Ramsar das internationale Übereinkommen über "Feuchtgebiete von internationaler Bedeutung" verabschiedet, Feuchtgebiete sollen demnach nachhaltig genutzt und geschützt werden. Seit 1997, also seit nunmehr 20 Jahren, wird der Internationale Tag der Feuchtgebiete begangen, um „die Aufmerksamkeit für die Bedeutung der Feuchtgebiete und die Bekanntheit der Ramsar-Konvention zu steigern“, so eine Information des Bundesumweltministeriums.

Aus einer BBU-Pressemitteilung vom 02.02.2017:

<http://bbu-online.de/presseerklaerungen/prmitteilungen/PR%202017/02.02.17.pdf>

Fracking

BBU kritisiert Inkrafttreten der Änderungen des Wasserhaushaltsgesetzes:

Freibrief für Fracking

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU e.V.) hat das Inkrafttreten der Änderungen des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) am heutigen Samstag scharf kritisiert. Der Umweltverband bezeichnet die neu in das WHG eingefügten Bestimmungen als einen Freibrief für ein flächendeckendes Fracking in Niedersachsen und die Vorbereitung für Schiefergasfracking in ganz Deutschland ab 2021. Der BBU fordert ein ausnahmsloses Fracking-Verbot, das im Bundesberggesetz festgeschrieben werden muss.



Oliver Kalusch vom Geschäftsführenden Vorstand des BBU erklärt hierzu: „Entgegen aller Beteuerungen von Umweltministerin Barbara Hendricks und der Regierungskoalition aus SPD und CDU/CSU wird mit Inkrafttreten dieser WHG-Änderungen der Weg für Fracking weiter frei gemacht. Fracking ist ab jetzt in spezifischen Sandgesteinen, sogenannten Tight-Gas-Reservoirs, zugelassen. Damit kann

in Niedersachsen flächendeckend gefracked werden. Dies hatte die Gasindustrie seit Jahren gefordert, obwohl es keine Auswertungen früherer Bohrungen auf Umweltschäden gibt und die Ursachen von Krebserkrankungen an Gasförderstandorten ungeklärt sind.“

Aus einer BBU-Pressemitteilung vom 11.02.2017:

<http://bbu-online.de/presseerklaerungen/prmitteilungen/PR%202017/11.02.17.pdf>

Gewässerschutz

VSR-Gewässerschutz

Der VSR-Gewässerschutz entstand bereits Anfang der 80-iger Jahre als Zusammenschluss verschiedener Bürgerinitiativen. Er macht mit unseren Messwerten auf die ökologischen Auswirkungen und auch auf die Konsequenz für die Gesundheit des Einzelnen aufmerksam.

Informationen: <http://www.vsr-gewässerschutz.de>

Tonergefahren

Gesundheit schützen und Kosten senken

Chronische Erkrankungen, Burn-Out und Krebsfälle nehmen dramatisch zu. Krankenschreibungen haben einen Höchststand erreicht. Diese Entwicklung verursacht viel Leid und hohe Kosten und sie hat Ursachen.

Die SWISS-Re zählt Nanopartikel und Chemikalien zu zwei der sechs größten Risiken für die Menschheit. Die WHO hat Feinstaub als krebserregend eingestuft und der kommt auch aus Laserdrucken und Kopierern. Die Bundesregierung hat am 25.08.2016 öffentlich auf lebensgefährliche Entzündungen der Atemwege,

Thrombosen und Lungenkrebs durch ultrafeine Partikel aus Laserdruckern hingewiesen. Millionen Geräte stehen in deutschen Betrieben.

Quelle und weitere Informationen:

<https://www.nano-control.org/informationen-fuer-arbeitnehmer-und-arbeitgeber>

Verkehrspolitik

21. BUVKO

Der 21. Bundesweite Umwelt- und Verkehrs-Kongress BUVKO fand vom 10. - 12. März 2017 an der Bergischen Universität Wuppertal statt. Sein Motto lautete „Lebens(t)raum Straße – ökologisch und sozial“. Organisiert wurde der BUVKO wie immer von den BBU-Mitgliedsorganisationen UMKEHR e.V. und FUSS e.V. Ausführliche Informationen: <http://www.buvko.de>

+++++

Nachruf für Elmar Diez

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz trauert um sein langjähriges Mitglied Elmar Diez

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) trauert um sein langjähriges Mitglied Elmar Diez

Am 26. Februar 2017 ist Elmar Diez im Alter von 75 Jahren für uns überraschend gestorben. Er war seit 1980, also fast vierzig Jahre, BBU-Mitglied. Sein Tod ist ein großer Verlust für den BBU und die bundesweite Anti-Atomkraft- und Umweltschutzbewegung. Schon Jahre vor der Tschernobyl-Katastrophe (1986) hat sich Elmar Diez für eine sichere Energieversorgung ohne Atomstrom eingesetzt. Und auch in anderen Bereichen hat er sich für konsequenten Umweltschutz engagiert. Zu den größten Erfolgen, die Elmar Diez mit erwirkt hat, zählt die Stilllegung der Atomanlagen im hessischen Hanau. Sein unermüdliches Engagement hat dazu beigetragen, dass die Versorgung zahlreicher Atomkraftwerke mit Nuklearbrennstoff aus Hanau seit vielen Jahren nicht mehr erfolgt. Die Erinnerung an das Wirken von Elmar Diez ist ein Aufruf, weiter aktiv zu bleiben im Kampf gegen Umweltzerstörungen. Es ist wichtig, sich in seinem Sinne weiter zu engagieren und sein Werk fortzusetzen: Für ein Leben ohne Atomkraftwerke und ohne Atomanlagen, für nachhaltige Energiequellen und für gesunde Lebensgrundlagen. Unser inniges Mitgefühl gehört den Angehörigen von Elmar Diez. Gemeinsam mit Familie Diez trauern wir um einen besonders engagierten Menschen, der bundesweit Achtung und Anerkennung erfahren hat, und dessen Tod bei Bürgerinitiativen und Umweltverbänden Trauer und Bestürzung auslöst.

BBU-Pressemitteilung vom 03.03.2017. Foto: Philipp Gerbrig



+++++

Termine

13. – 17.04.2017: Ostermärsche, <https://www.friedenskooperative.de/ostermarsch-2017>

23.04.2017: 5. Protest- und Kulturmeile am AKW Brokdorf, <http://akw-brokdorf-abschalten.de/>

26.04.2017: 31. Jahrestag der Tschernobyl-Katastrophe

25.06.2017: Menschenkette gegen belgische AKW, <https://www.chain-reaction-tihange.eu/de>

Weitere Terminhinweise unter <http://www.bbu-online.de/Termine/Termine.htm>

Impressum: BBU-Newsletter Nr. 01 / 2017, Hrsg.: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 55, 53113 Bonn. Redaktion: Udo Buchholz (UB), Vorstandsmitglied des BBU. Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn. Der Preis des BBU-Newsletter (per Mail) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter (als Datei) beim BBU anfordern. Der Newsletter erscheint monatlich. Nächster Redaktionsschluss ist der 24.03.2017. Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminbekanntgaben werden möglichst bevorzugt veröffentlicht. Die Länge der Beiträge sollte 1800 Zeichen nicht überschreiten. E-Mail-Adresse der Redaktion: Buchholz@bbu-bonn.de. In der Betreff-Zeile bitte „Für den BBU-Newsletter“ vermerken.